

Für ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen



Bildung ist Grundrecht ...

Bildung ist ein Grundrecht der Menschen auf umfassende Förderung bei der Aneignung von Wissen und bei dem Erlernen von Kompetenzen. Bildung ist ein Schlüssel für die Lebens- und Berufsperspektiven unserer Kinder. Bildung ist aber zugleich viel mehr als Berufsvorbereitung: Sie entscheidet über unsere individuellen Möglichkeiten, die Gesellschaft mitgestalten zu können. Bildung ist Grundlage lebendiger Demokratie. Sie hat die Aufgabe, die Menschen zur politischen Einflussnahme zu befähigen und die dazu notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln. Nur durch kompetente Mitarbeit möglichst aller Menschen kann eine lebenswerte, in allen Bereichen demokratisch organisierte Gesellschaft ausgestaltet und weiter entwickelt werden. Bildung ist damit notwendige Vorbedingung für eine funktionierende Demokratie und damit für einen Erfolg der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsmodell überhaupt.

...und keine Ware

In den letzten Jahren ist Bildung überwiegend unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Verwertbarkeit begriffen und diskutiert worden. Der Sinn von Bildungsausgaben wird vor allem darin gesehen, die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten als Mittel zu Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland tätiger Unternehmen zu sehen. Spätestens seit Gatts ist deutlich, dass der Bildungsbereich als neuer Markt entdeckt worden ist. Der an Bildung interessierte Mensch zum Bildungskunden und Bildung selbst zu einer Ware.

Wir lehnen diese einseitige Sichtweise ab. Schulen und Hochschulen, insbesondere auch die Bildungsinhalte, dürfen nicht ökonomischen Interessen untergeordnet werden. Bildung muss öffentliche Aufgabe bleiben und demokratisch organisiert sein.

Chancengleichheit schaffen – eine alte und aktuelle Aufgabe:

Jeder muss Zugang zu qualifizierten Bildungsangeboten haben. Bildung soll sozial integrieren und nicht ausgrenzen. Ist die (schlechte) finanzielle Situation der Eltern ausschlaggebend dafür, dass Kindern der Bildungsweg faktisch verbaut wird, so werden wir dies nicht akzeptieren.

Wenn unsere Kinder eingeschult werden, sind die Startbedingungen je nach Herkunft bereits ungleich verteilt. Eine wichtige Aufgabe ist es, für alle Kinder gleiche Voraussetzungen zu schaffen, noch bevor sie in die Schule kommen. Kindertagesstätten sind daher als pädagogische Einrichtungen besonders zu fördern und dürfen nicht infolge öffentlicher Sparmaßnahmen zu Aufbewahrungseinrichtungen verkommen. Nach Vorstellung der WASG würden die zusätzlichen Mittel für Bildung zu einem erheblichen Teil in den Elementarbereich fließen. Die Angebote für Kinder unter 3 Jahren und die Ganztagsangebote sind deutlich auszubauen. Die Ausbildung von ErzieherInnen muss verbessert werden und nach dem Vorbild vieler anderer Länder an die Fachhochschulen verlagert werden. Damit keine finanziellen Hürden die Inanspruchnahme regeln: Die Gebühren für Kinderkrippen und Kindertagesstätten sollten so schnell wie möglich abgeschafft werden.

Mehr Zeit für die Schule

Es gibt viel zu wenig Ganztagschulen in Deutschland. Ganztagschulen brauchen ein besonderes pädagogisches Konzept und eine entsprechende räumliche und personelle Ausstattung. Was wir zur Zeit beobachten, z.B. die so genannte „Offene Ganztagschule“ in NRW, ist ausgesprochen problematisch. Hier werden an normalen Halbtagschulen Betreuungsangebote bis 16.00 Uhr angeboten, für die aber kaum Geld zur Verfügung steht. Es ist sicherzustellen, dass der Standard der Angebote für die unterrichtsfreie Zeit nicht hinter dem der Horte und der Jugendsozialarbeit zurückbleibt. Wir fordern, dass die hier zusätzlich tätigen MitarbeiterInnen tariflich geregelte Beschäftigungsbedingungen vorfinden. Auch hier gilt: Eine echte Verbesserung ist kostenintensiv. Wir müssen in der Gesellschaft für Mehrheiten kämpfen, damit die notwendigen Mittel bereit gestellt werden.

Für eine Öffnung der Hochschulen

Die WASG ist kurz nach ihrer Gründung Mitglied des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) geworden, weil die Forderung nach einem gebührenfreien Studium in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit steht. Studiengebühren treffen vor allem diejenigen, die aus finanziell schlechter gestellten Familienverhältnissen stammen. Die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes (DSW) hat gezeigt, dass die Zahl der Studierenden aus solchen Familien in den vergangenen 10 Jahren immer weiter zurückgegangen ist. Wir brauchen dringend eine Form von Studienfinanzierung, die hier gegensteuert. Und wir brauchen Studienbedingungen, die es jedem ermöglichen unabhängig vom Geld ein Studium erfolgreich abzuschließen.

Chancen für alle Jugendlichen – Ausbildungsplatzabgabe für Nicht-Ausbildungsbetriebe

Nach wie vor fehlen Ausbildungsplätze, besonders qualifizierte. „Wer nicht ausbildet, muss zahlen!“ lautet die gewerkschaftliche Forderung. Unternehmen, die letztlich von gut qualifizierten Fachkräften profitieren, selber aber nicht ausbilden, müssen in die Pflicht genommen werden. Die Forderung nach einer Umlagefinanzierung ist weiterhin richtig.

Lebenslanges Lernen ermöglichen – Weiterbildung ausbauen!

Bildung ist nicht mit einem Schul- bzw. Berufsabschluss erledigt. Lebensbegleitend und für alle Altersgruppen müssen Bildungsangebote vorhanden sein. Erworbene Qualifikationen veralten in immer schnellerem Tempo. Für die langfristige berufliche Absicherung und den Erhalt qualifizierter Arbeitskraft brauchen wir Weiterbildungsmöglichkeiten. Dazu sind sowohl staatlich organisierte und finanzierte, aber auch tariflich abgesicherte Freistellungen und Weiterbildungsmaßnahmen zu fördern. Gerade im Bereich der Weiterbildung ist es in der Vergangenheit zu schmerzhaften Einschnitten gekommen. Viele kleine Träger mussten bereits aufgeben, große Träger haben teilweise mit Personalabbau reagiert. Weiterbildung braucht eine staatliche Finanzierung, die es wieder aufzustocken gilt. Staatliche Zuschüsse sollten aber nur an Träger gezahlt werden, die tarifvertragliche Standards einhalten. Auf diese Weise können Quantität und Qualität der Bildungsangebote verbessert werden.

...und wie soll das alles bezahlt werden?

Die Umsetzung unserer Forderungen ist nur möglich, wenn es gelingt, genügend Geld für Bildung bereitzustellen.

Es ist ein Skandal, dass sich die öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland seit vielen Jahren am unteren Rand der OECD bewegen. Wir unterstützen die Forderung der GEW, dass Deutschland 6% des BIP in Bildung investieren soll. Zur Orientierung: Wenn 34 Mrd. Euro mehr für Bildung ausgegeben würde, könnten wir das Niveau von Belgien erreichen.

Was in anderen Ländern geht, kann auch bei uns gemacht werden. Investitionen in Bildung und Infrastruktur, staatliche Sozialleistungen und Dienstleistungen zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität können durch eine stärkere steuerliche Belastung von großen Einkommen und Vermögen finanziert werden.

Die WASG fordert eine grundlegend andere Politik

Während die Haushaltspolitik der Bundestags-Parteien immer nur auf Einsparmöglichkeiten orientiert, setzen wir uns bewusst für Mehrausgaben zur Erledigung der Aufgaben der Daseinsgestaltung ein. Wir haben den Mut, uns mit den Reichen dieser Gesellschaft anzulegen, sie nicht vor Steuerabgaben zu verschonen und Verteilungsgerechtigkeit zum Thema zu machen.